

Kritische Betrachtungen über die österreichische Verwaltung.

Von Karl Renner.

Schon vor dem Kriege stand die Verwaltungsreform in Oesterreich auf der Tagesordnung. Durch zwei Jahrzehnte drängten die öffentliche Meinung, die wirtschaftlichen Körperschaften und wissenschaftlichen Kreise nach der Reform. Das Ministerium Körber (1900 bis 1904), das so viele Anregungen und so manchen Anstoß gab, veröffentlichte Studien zur Reform der inneren Verwaltung, legte dem Abgeordnetenhaus Entwürfe zur Schaffung von Kreisregierungen in Böhmen und Mähren vor und gab Erlässe und Anweisungen hinaus, die den Gang der Geschäfte wenigstens den Bedürfnissen der Industrie anpassen sollten. Eine Kanzleireform wurde wenigstens in einigen Kronländern durchgeführt. Trotzdem mehrten sich die Wünsche und Beschwerden, so daß eine kaiserliche Kommission zur Förderung der Verwaltungsreform eingesetzt wurde. Diese hielt im Jahre 1912 sehr eingehende Enqueten ab und kam bis hart an den Abschluß ihrer Arbeiten, als wohl die heran kommende Kriegsgefahr ihrem Werke ein Ziel setzte.

Der Zustand des Krieges hat sowohl den Staatslenkern wie den Staatsbürgern den längst gefühlten Mangel doppelt fühlbar gemacht und bei allen Nachdenkenden wohl das schmerzliche Bedauern erweckt, daß wir vor vollbrachter Reform vom Kriege überrascht werden mußten. Zahllose Klagen, die laut geworden sind, und ebenso zahllose, die ohne Ausdruck geblieben sind, gehen auf das eine große Versäumnis zurück. Wir leiden an den Folgen eigener Schuld. Die letzten Jahrzehnte innerer Politik sind in straflicher Weise von nationalistischer Uebertreibung dermaßen ausgefüllt worden, daß für weit wichtigere Aufgaben nicht Zeit noch Sinn blieb. Die Ueberhäufung von Leidenschaften, die an sich zur Unfruchtbarkeit verurteilt sind, hat die heilsamsten Reformtriebe versengt. In dem größten Ernstfall aber, der ein Staatswesen heimsuchen kann, mußten bestehende, nur undeutlich empfundene Mängel hell sichtbar und schmerzlich fühlbar werden. Ein solcher Fall zeitigt nach allen geschichtlichen Erfahrungen überall regsten Reformeifer. Er ist auch bei uns nach geworden und es ist an der Zeit, mit aller durch die Umstände gebotenen Zurückhaltung Inhalt und Ziel der Reform zu erwägen. Hierbei kommt es

nicht so sehr auf den Tadel des Bestehenden an, denn von dieser Sorte haben wir genug, als auf die Herausarbeitung des künftig zu Schaffenden. Darüber sind die Meinungen spärlich und dürftig oder zerfahren und voll Widerstreit. Zu ihrer Klärung sollen die kritischen Betrachtungen einen Beitrag liefern.

Männer — Maßregeln — Einrichtungen.

Das oberflächlichste Urteil in staatlichen Dingen enthält das bekannte englische Wort: Men, not measures. Männer, nicht Maßregeln! Zu Tage getretene Uebelstände sind zu beheben durch die Auswechslung der Persönlichkeiten in leitenden Stellungen! Nur a u s n a h m s w e i s e ist der Satz richtig: dann, wenn ein gut geordnetes Staatswesen durch politische Fehler einzelner in Unruhe geraten ist und diese einzelnen ihre Fehler durch Maßregeln allgemeiner Natur auslöschen oder ungeschehen machen wollen. Solche Versuche bewirken bloß, daß sie sich immer tiefer verrennen, in das Netz der Irrtümer tiefer verstricken, immer härter und jäher zugreifen, bis kein Ausweg übrig bleibt als ihre Beseitigung. „Rettennde Maßregeln“ sind so immer die Ausflucht fehlerhafter Politik und schädlicher als die Opferung von Persönlichkeiten — auch diese ist ein Uebel, denn nichts bringt das öffentliche Wesen so leicht in Unruhe und Zerfahrenheit wie der rasche und immer wiederholte Wechsel seiner leitenden Männer.

In der Regel hat der umgekehrte Satz seine Geltung: Maßregeln, nicht Männer! In geruhigen Zeitläuften und in Epochen kaum merklicher Entwicklung mag eine Regierung genügen, die keinen anderen Ehrgeiz hat, als ordentlich und gerecht zu verwalten. Da mag ein umsichtiger, ordentlicher und gerechter Mann genügen, wie ihn etwa ein Grundbesitzer zum Verwalter eines wohlbestellten Gutes einsetzt: solange im Produktionsbetrieb und in den Marktbeziehungen kein Wandel eintritt, mag der fortschaffen bis ins Alter; treten jedoch neue Probleme heran, so fällt er von einer Berlegenheit in die andere und sucht jeden Fehlgriß durch einen anderen auszubessern, bis seine Unfähigkeit entdeckt ist. Nennen wir eine Staatsleitung dieser Art eine A d m i n i s t r a t o r e n r e g i e r u n g. Die Wienerische war ungefähr von dieser Art.

In unseren Tagen fortwährender wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Neugestaltungen ist mehr erfordert. Diese Neugestaltungen verlangen rasche Anpassung der Staatsverwaltung in jedem einzelnen ihrer vielen Dienstzweige, nicht selten Vorausnahme künftiger Gestaltungen, nicht bloß Anpassung an vollzogene. Zu der einen benötigt der Staatsleiter hohe G e i s t e s g e w a n d t h e i t — der Anpasser muß auskunftreich sein —, zu der anderen aber I d e e n, in beiden Fällen das, was wohl am besten mit p o l i t i s c h e r W i t t e r u n g bezeichnet wird. Nicht alle drei Gaben wohnen immer beieinander. Ein Staatsmann kann die Bitterung des Neuen besitzen, dennoch bar der Fähigkeit, es zu erfassen, und bar der Ideen, wie ihm voranzukommen sei. Immer aber fordert die Anpassung an den Wandel der Dinge eine Reihe von Maßregeln, also measures. Solche gesetzliche und administrative Maßregeln sind das tägliche Brot des Regierens. Ist die Regierung weder auskunftreich noch ideenreich, so macht sie den Eindruck, der die typische Bezeichnung des „Fortwurstelns“ trägt.

Zwei Wege gibt es, dem Uebel vorzubeugen. In Staaten mit regem öffentlichen Leben wachsen die Ideen auf der grünen Heide der Presse, der Flugschriften, der Buchliteratur, der Versammlungen und Kongresse — all das sind Auslesemittel für Männer mit Ideen. Der politische Instinkt der Wähler sendet sie in Vertretungskörper. Das Ausleseprinzip der parlamentarischen Regierungsweise — eine Sache, über die sich bei uns selbst gebildete Männer stupide Vorstellungen machen — besteht darin, daß der Mann, der eine oder eine Reihe von gesetzgeberischen Ideen ein Leben lang vertreten, der sie bis in ihre innersten Verzweigungen durchdacht hat, in dem Augenblick, wo sie sich durchgerungen, in die Regierung berufen wird, sie in der Praxis durchzuführen. Als Musterbeispiel hierfür mag Callaux und sein Steuerprogramm gelten. In solchen Staaten ist jeder öffentlich Wirkende im Denken aller mit einer bestimmten Idee verknüpft, schon jahrelang, bevor er sich durchsetzt, und kommt er ans Ruder, so weiß jeder, woran er mit ihm ist.